

## Wahlen

Koba Krause

## Bundestagswahlen im Saarland

Weil er keine verlässliche Mehrheit mehr für seine Politik sah, hat Bundeskanzler Gerhard Schröder mit dem Ziel eine vorgezogene Neuwahl herbeizuführen, am 1. Juli 2005 im Bundestag die Vertrauensfrage gestellt. Erwartungsgemäß wurde ihm das Vertrauen mehrheitlich nicht ausgesprochen und er bat daraufhin Bundespräsident Horst Köhler um die Auflösung des Parlamentes und die damit verbundenen Neuwahlen. Am 21. Juli 2005 verkündete Bundespräsident Köhler die Auflösung des Bundestages und setzte für den 18. September 2005 Neuwahlen fest. Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 23. August 2005 die verfassungsrechtlichen Klagen zweier Parteien sowie zweier Bundestagsabgeordneten abgewiesen hatte, waren auch die letzten Bedenken ausgeräumt.

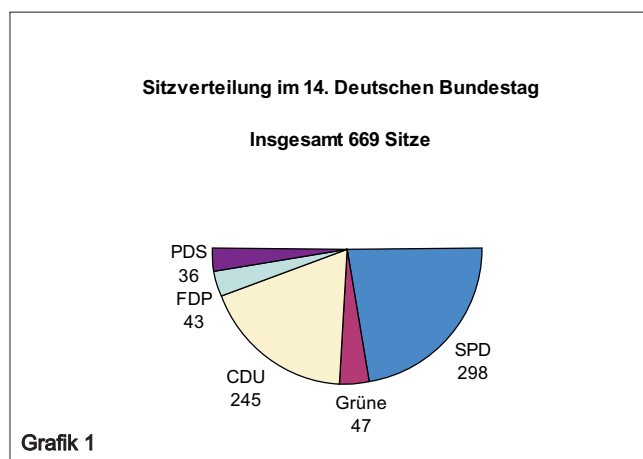
Im Vorfeld dieser Wahl versteht sich der vorliegende Aufsatz als Fortsetzung der Artikelreihe des Statistischen Landesamtes zu den Wahlen im Saarland. Neben den Ergebnissen der Bundestagswahlen 1998 und 2002 werden auch einige Langzeitentwicklungen wie die der Wahlbeteiligung, der Briefwahlanteile und des Stimmensplittings sowie der Repräsentativen Statistik behandelt.

## Bundestagswahl am 27. September 1998

Die Bundestagswahl am 27. September 1998 bedeutete ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik, da erstmals eine Bundesregierung abgewählt wurde: Beim Regierungswechsel 1969 hatte es einen Wechsel der Großen Koalition zugunsten einer SPD/FDP Koalition gegeben und 1982 wechselte lediglich der "Seniorpartner" der FDP: anstatt der SPD wurde dies die CDU.

Die in Deutschland herrschende Wechselstimmung hatte ein weiteres Novum bei der Bundestagswahl 1998 zur Folge: Erstmals hatten Parteien, die man im Allgemeinen als "links der Mitte" einstuft, mehr als 50 Prozent der Stimmen gewonnen. Bundesweit erhielt die SPD 40,9 Prozent der gültigen Stimmen und wurde damit zum ersten Mal seit 1972 stärkste Bundestagsfraktion. Die GRÜNEN erreichten 6,7 Prozent, ein leichter Rückgang im Vergleich zur 1994er Wahl. Zusammen verfügte die angestrebte rot/grüne Koalition jedoch über 345 der 669 zu vergebenden Mandate und somit über eine Mehrheit im Deutschen Bundestag. Die PDS errang mit 5,1 Prozent der gültigen Stimmen erstmals Fraktionsstatus und zog mit 36 Mandaten in den Deutschen Bundestag ein.

Die übrigen Volksparteien erreichten zusammen ihr schlechtestes Ergebnis seit der Bundestagswahl 1953. Die Union blieb mit 35,1 Prozent zum ersten Mal seit 1949 unter der 40 %-Marke. Die FDP erzielte 6,2 Prozent, ihr zweitschlechtestes Ergebnis



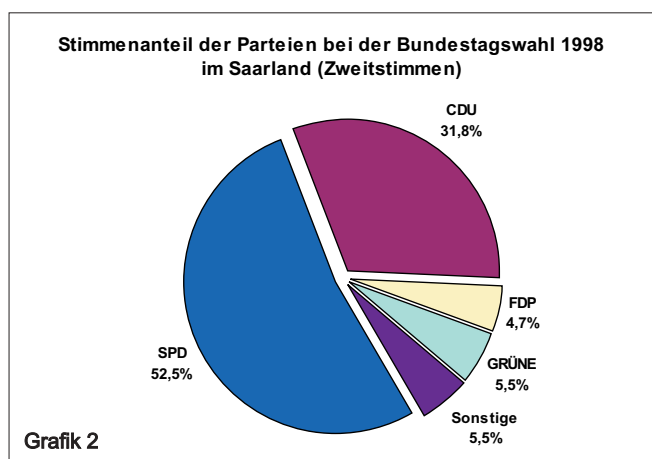
auf Bundesebene überhaupt, und war nach der Wahl erstmals seit 29 Jahren nicht in der Regierungsverantwortung.

Das saarländische Abschneiden sowohl der SPD als auch der CDU stand aller Wahrscheinlichkeit nach auch unter dem Einfluss der SPD-Doppelspitze Schröder/Lafontaine; damit verbunden war ein gewisser Lokalkolorit. Gemäß des sogenannten "Saarlandbonus" lag das Wahlergebnis für die SPD im Saarland in den 80er-Jahren etwa 6 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt und stieg im Laufe der 90er-Jahre auf circa 12 Prozentpunkte, ein Wert der auch 1998 erreicht wurde (siehe Tabelle 1).

**Tabelle 1: Stimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 1998 in Prozent**

Partei	Saarland		Bund
	Erststimme	Zweitstimme	Zweitstimme
SPD	55,4	52,4	40,9
CDU	35,3	31,8	35,1
FDP	2,0	4,7	6,2
GRÜNE	3,4	5,5	6,7

Mit dem o.a. Erststimmenergebnis konnte die SPD bereits zum dritten Mal in Folge alle fünf Wahlkreise im Saarland für sich gewinnen. Seitens der CDU zogen drei Landeslistenbewerber in den Deutschen Bundestag ein, wo somit das Saarland mit acht Abgeordneten vertreten war.



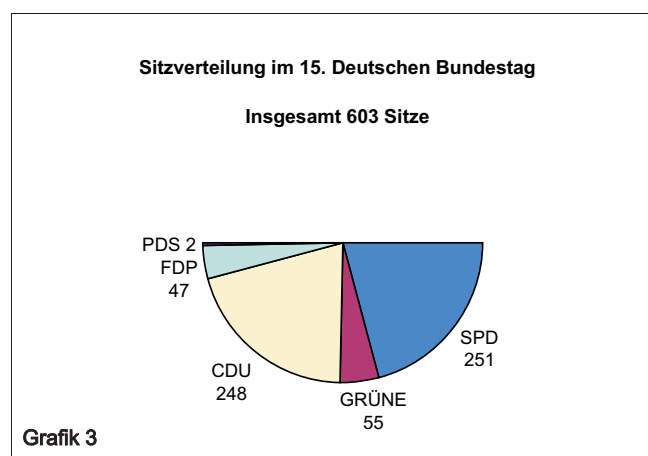
### Bundestagswahl am 22. September 2002

Im Vorfeld der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag wurde eine Wahlkreisreform umgesetzt, die für das Saarland eine Reduzierung der Wahlkreise von 5 auf nunmehr 4 zur Folge hatte. Auf Vorschlag der im September 1995 vom Bundestag eingesetzten Reformkommission zur Verkleinerung des Parlaments hatten die Bundestagsabgeordneten im Oktober 1996 die Reduzierung der Zahl der Wahlkreise auf 299 und der Zahl der Abgeordneten um 58 beschlossen. Diese Änderung war notwendig geworden, da die deutsche Bevölkerung in einigen Wahlkreisen um mehr als 25 von Hundert von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abwich. Bundesweit wurden 29 Wahlkreise neu abgegrenzt.

Großen Einfluss auf das Wahlergebnis hatte nach allgemeiner Einschätzung das Oder-Hochwasser, weswegen der Vergleich der Ost- und Westergebnisse hier von besonderem Interesse ist:

Auf Bundesebene erreichte die SPD bei dieser Bundestagswahl mit wenigen tausend Stimmen Vorsprung ihr bestes Ergebnis seit der Einheit, im Osten mit 39,8 Prozent sogar ihr bestes. Die Union schloss nach ihrem schlechten Abschneiden 1998 zur SPD auf. Die Ost-West-Unterschiede werden bei der Betrachtung von Gewinnen und Verlusten besonders deutlich: Die SPD verliert im Westen vier Prozentpunkte und gewinnt im Osten 4,7 Prozentpunkte, die Union gewinnt im Westen 3,8 Prozentpunkte und im Osten nur einen Prozentpunkt. Die Grünen holen ihr Plus gegenüber 1998 vor allem im Westen (2,1 Prozentpunkte), im Osten gewinnen sie nur 0,6 Prozentpunkte. Umgekehrt sieht es bei der FDP aus: nur 0,6 Prozent Zuwachs im Westen, aber 3,1 Prozentpunkte im Osten, d.h. dort eine Verdopplung des Anteils. Die PDS verliert im Osten 4,6 Prozentpunkte und fällt damit unter ihren Stand von 1994, im Westen ergibt sich kaum eine Veränderung.<sup>1)</sup>

Aufgrund dieser Stimmenverteilung kam es im Bundestag zu folgender Sitzverteilung:



Im Saarland schnitt die SPD auch bei dieser Wahl im Vergleich zum Bundesergebnis überdurchschnittlich ab, wenn auch in etwas geringerem Maße als im Jahr 1998: Die Differenz der Zweitstimmen zum Bundesergebnis betrug 7,5 Prozent. Interessanterweise konnte die CDU die mittlerweile zu ihren Gunsten veränderten Mehrheitsverhältnisse im Saarland nicht für sich nutzen und schnitt hier schlechter ab als auf Bundesebene. Auch die Grünen und die FDP blieben im Saarland unter ihrem Bundesergebnis, sei es auch mit einer geringen Differenz (siehe Tabelle 2).

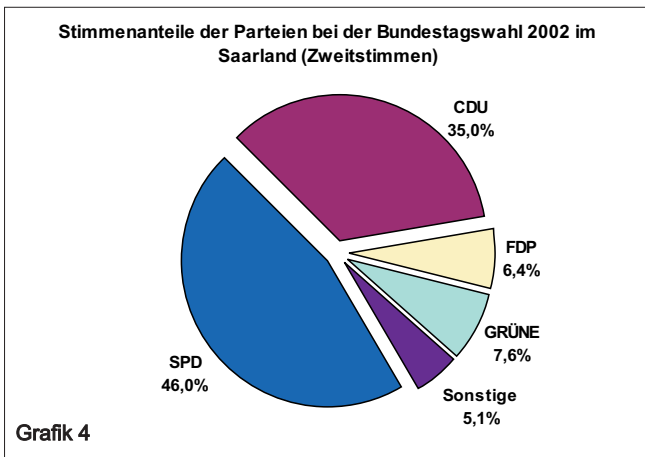
Trotzdem zeigten sich die Grünen und die FDP relativ zufrieden mit dem Ergebnis, da aufgrund des Stimmenverhältnisses

1) Roth, Dieter/Jung Mathias (2002) Ablösung der Regierung vertagt: eine Analyse der Bundestagswahl 2002. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50/2002.

**Tabelle 2: Stimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2002 in Prozent**

Partei	Saarland		Bund
	Erststimme	Zweitstimme	Zweitstimme
SPD	50,2	46,0	38,5
CDU	37,4	35,0	38,5
FDP	3,8	6,4	7,4
GRÜNE	4,5	7,6	8,6

und der relativ hohen Wahlbeteiligung im Saarland von beiden Parteien je ein Abgeordneter über die Landesliste in den Bundestag einziehen konnte.



**Grafik 4**

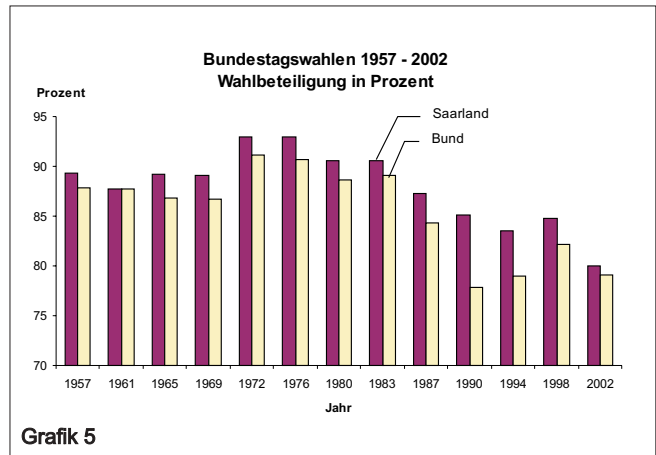
Die Direktmandate in den vier saarländischen Wahlkreisen wurden von den SPD-Kandidaten gewonnen, von der CDU wurden drei Kandidaten über die Landesliste in den Deutschen Bundestag gewählt. Damit waren neun Abgeordnete aus dem Saarland im Bundestag vertreten, einer mehr als im Bundestag zuvor.

## Historische Betrachtungen

### Wahlbeteiligung

Wie bereits erwähnt war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002 im Saarland überdurchschnittlich hoch. Die historische Betrachtung zeigt, dass dies keine Besonderheit jener Wahl, sondern historisch gesehen, spezifisch für das Saarland ist.

Grafik 5 belegt auch, dass wenngleich die Wahlbeteiligung im Saarland seit jeher über dem Bundesdurchschnitt liegt, die Wahlbeteiligung insgesamt rückläufig ist. Außerdem war der Unterschied zwischen der hiesigen und der Bundeswahlbeteiligung

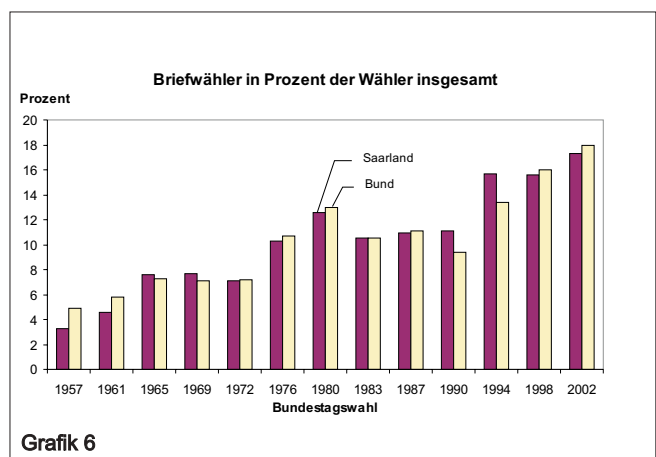


**Grafik 5**

relativ gering im Vergleich zum Unterschied bei den vorangegangenen Wahlen. Ob dies eine Angleichung an den Bundesdurchschnitt eingeläutet hat oder ein "Ausreißer" war, wird die kommende Wahl zeigen.

### Briefwahl

Die 1957 eingeführte Briefwahl war von Anfang an ein Erfolg: "Rund 5 vH der Wahlberechtigten machten überraschenderweise von dieser neuen Einrichtung Gebrauch, ein Zeichen dafür, dass die Briefwahl bereits im ersten Anlauf sich einer regen Popularität erfreute" schrieb ein Mitarbeiter des Statistischen Amtes der Stadt Saarbrücken im Jahr 1957. Um auch gleich eine Begründung mitzuliefern, die bis vor wenigen Jahren gerne für eine hohe Briefwahlbeteiligung angeführt wurde: „Eine Ursache für die hohe Beteiligung an der Briefwahl lag wohl auch im Termin der Wahl, zu dem noch eine lebhaftere Reisetätigkeit herrschte“.<sup>2)</sup>



**Grafik 6**

Auch im Saarland wurde die Möglichkeit der Briefwahl von Beginn an genutzt, bei den ersten beiden Wahlen mit saarländischer Beteiligung sogar in größerem Umfang als auf Bun-

2) Beiträge zur Statistik der Stadt Saarbrücken, Wahlergebnisse 1957 und 1960. Saarbrücken: 1961.

desebene. Seit der Bundestagswahl 1994 steigt der Anteil der Briefwähler an und lässt sich nicht länger ausschließlich mit der Urlaubsbegründung erklären. Vermutlich spielt in zunehmendem Maße die Individualität der Bürgerinnen und Bürger eine Rolle, d.h. man möchte einerseits an der Wahl teilnehmen, andererseits nicht festgelegt werden, wann man dies tut. Auch dürfte es eine Rolle spielen, dass zur Bundestagswahl 1987 erstmals die im Gebiet des Europarates lebenden Deutschen und die innerhalb der letzten zehn Jahre ins übrige Ausland verzogenen Deutschen das aktive Wahlrecht erhielten, sofern sie vor dem Wegzug mindestens drei Monate in Deutschland ihren Wahlsitz hatten. Da dies, sowie die dafür erforderlichen Formalitäten mittlerweile allen im Ausland lebenden Deutschen geläufig seien dürften, könnte dies zu dem Anstieg beigetragen haben.

### Stimmensplitting

Schon seit der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag im Jahr 1957, die gleichzeitig auch die erste Bundestagswahl mit saarländischer Beteiligung war, haben Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen. Mit der Erststimme können sie die Direktkandidatinnen oder Direktkandidaten für den Wahlkreis und mit der Zweitstimme die Landeslisten der Parteien wählen. Dadurch ist eine unterschiedliche Vergabe der Erst- und Zweitstimme möglich, das sogenannte Stimmensplitting.

Wenn man sich die historische Entwicklung der Erst- und Zweitstimmenvergabe ansieht, fällt auf, dass sowohl die CDU als auch die SPD schon immer und mit wenigen Ausnahmen ein höheres Erst- als Zweitstimmenergebnis hatten, während dies bei der FDP und den Grünen umgekehrt ist. Damit wird bis zu einem gewissen Grad die These belegt, dass ein signifikanter Anteil der Wählerinnen und Wähler mit ihrer Erststimme den vermeintlich chancenreichen Direktkandidaten der großen Parteien wählt, während man mit der Zweitstimme die kleineren Parteien wählt, deren Direktkandidaten aller Voraus-

sicht nach keine Mehrheit in ihrem Wahlkreis auf sich vereinen können (Tabelle 2).

Genauere Daten zum Stimmensplitting gehen aus der Repräsentativen Wahlstatistik hervor. Wie schon im Jahr 1994 fand jedoch auch 1998 keine Repräsentative Wahlstatistik statt und dementsprechend gab es keine genauen Erkenntnisse über die Erst- und Zweitstimmenkombinationen bei diesen Bundestagswahlen.

### Repräsentative Wahlstatistik

Aus der Repräsentativen Wahlstatistik 2002 geht hervor, dass o.a. Stimmensplitting zwischen Unionsparteien und FDP einerseits sowie SPD und Grüne andererseits funktioniert und zumindest teilweise die Erststimmenkampagnen der größeren Parteien und die Zweitstimmenkampagnen der kleineren Parteien fruchten:

Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Erststimme SPD wählten, wählten mit der Zweitstimme 9,6 Prozent die Grünen (SPD 84,1 %, CDU 1,8 % und FDP 1,8 %). Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Erststimme CDU wählten, wählten mit der Zweitstimme 6,2 Prozent die FDP (CDU 87,7 %, SPD 3,0 % und Grüne 1,1 %).

Andererseits muss man auch feststellen, dass die Wählerinnen und Wähler der kleineren Parteien in größerem Umfang ihre Zweitstimme den großen Parteien geben, vermutlich unwissentlich, dass sie die kleinere Partei damit kaum unterstützt haben: Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Erststimme Grüne wählten, wählten mit der Zweitstimme 34,5 Prozent die SPD (Grüne 54 %, CDU 4,4 % und FDP 2,6 %), von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Erststimme FDP wählten, wählten mit der Zweitstimme 13,6 Prozent die CDU (FDP 70,8 %, SPD 8,4 % und Grüne 1,9 %).

Der Eindruck, dass die Wähler der SPD und der Unionsparteien eine engere Parteienbindung verspüren, verstärkt sich bei der Analyse ausgehend von den abgegebenen Zweitstimmen

Erst- und Zweitstimmen der Parteien im Saarland in Prozent

Jahr	SPD		CDU		FDP		Grüne	
	Erst	Zweit	Erst	Zweit	Erst	Zweit	Erst	Zweit
1957	25,1	25,1	33,8	54,6	18,1	18,2	.	.
1961	33,6	33,5	49,2	49,1	12,8	12,9	.	.
1965	40,0	39,8	48,0	46,8	7,4	8,6	.	.
1969	41,4	39,9	46,7	46,1	5,7	6,7	.	.
1972	50,5	47,9	44,0	43,4	4,0	7,1	.	.
1976	46,7	46,1	46,5	46,2	5,6	6,6	.	.
1980	50,0	48,3	43,7	42,3	5,4	7,8	0,3	1,1
1983	46,3	43,8	47,6	44,8	2,5	6,0	3,0	4,8
1987	45,7	43,5	43,8	41,2	3,8	6,9	5,1	7,1
1990	51,7	51,2	38,9	38,1	4,8	6,0	2,7	2,3
1994	50,6	48,8	39,7	37,2	2,0	4,3	4,3	5,8
1998	55,4	52,4	35,3	31,8	2,0	4,7	3,4	5,5
2002	50,2	46,0	37,4	35,0	4,5	6,4	3,8	7,6

(= 100): Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Zweitstimme SPD bzw. CDU wählten, wählten mit der Erststimme zu 92,1 Prozent SPD bzw. 93,7 Prozent CDU. Die anderen Parteien wurden von beiden Wählergruppen nur marginal mit der Erststimme bedacht. Ganz anders bei den Grünen und der FDP: Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Zweitstimme Grüne wählten, wählten mit der Erststimme 64,2 Prozent die SPD und nur 26,9 Prozent die Grünen (CDU 5,7 %, FDP 1,2 %). Auch bei der FDP ein ähnliches, wenngleich nicht ganz so prägnantes Bild: Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Zweitstimme FDP wählten, wählten mit der Erststimme 34,2 Prozent die CDU und 48,4 Prozent die FDP (SPD 13,5 %, Grüne 1,4 %)

Aus dem Vergleich der Repräsentativen Wahlstatistik nach Alter und Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1990 und 2002 geht hervor, dass sich einiges in dem Wahlverhalten der verschiedenen Altersgruppen getan hat:

Auffällig ist insbesondere, dass der Zuspruch für die SPD unter den jüngeren Wählern bis unter 35 Jahre signifikant abgenommen hat und diese Stimmen überwiegend den kleineren Parteien zu gute kamen. Ebenfalls auffällig ist die Zunahme bei den SPD-Wählerinnen und Wählern, die 60 Jahre und älter sind. Des weiteren springt die Zunahme bei den kleineren Parteien in allen Altersklassen ins Auge, bei der FDP insbesondere bei den Wählerinnen und Wählern von 18 bis unter 25 Jahre, wo sich der Anteil in der Altersgruppe fast verdoppelt hat. Die Zunahme der älteren Wähler bei den Grünen lässt darauf schließen, dass die Stammwählerschaft dieser Partei älter geworden ist und sich diese Partei etabliert hat.

Inwiefern sich all diese Erkenntnisse und Tendenzen verstärken oder eher abgeschwächt werden, wird uns das Ergebnis der kommenden Bundestagswahl am 18. September 2005 zeigen.

**Abgegebene Zweitstimmen nach Alter und Parteien in Prozent**

Alter	SPD		CDU/CSU		FDP		GRÜNE	
	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002
18 bis unter 25 Jahre	57,5	44,2	29,0	27,0	5,6	10,4	5,0	10,6
25 bis unter 35 Jahre	62,8	47,1	26,5	26,0	4,5	9,4	3,9	10,9
35 bis unter 45 Jahre	54,4	47,7	34,0	28,6	6,5	7,2	2,8	10,9
45 bis unter 60 Jahre	50,4	46,1	39,8	35,4	6,2	6,9	1,0	7,0
60 Jahre und mehr	43,0	44,3	48,7	44,3	5,1	4,5	0,3	3,6